

Bündnis90/DIE GRÜNEN EITORF  
Ratsfraktion

Haushalt 2009

Meine Damen und Herren,

„Selten stand ein Haushaltsentwurf auf so tönernen Füßen, wie der des Jahres 2009,“ nachzulesen auf Seite 19 und es geht ausschließlich noch darum die Gemeinde Eitorf „wirtschaftlich über Wasser zu halten.“ Eigentlich hat dieser Haushalt gar keine Füße, denn fast alle Eckdaten, seien sie auch noch so seriös ermittelt, bewegen sich im Bereich der Spekulation, was aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen nicht verwundert.

Das bedeutet allerdings nicht, dass dieser Haushalt weder Hand noch Fuß hat! So gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die sich Positiv auf die Entwicklung der Gemeinde auswirken sollen und sicher auch werden.

Allein der Bau des naturwissenschaftlichen Zentrums belastet die Gemeinde bis an die

Schmerzgrenze, möglicherweise sogar darüber hinaus. Hier bleibt abzuwarten, wie hoch die Bau- und Ausstattungskosten tatsächlich werden. Trotzdem sind wir der Meinung, dass diese Maßnahme unverzichtbar für die Gemeinde ist. Die Schullandschaft als wesentlicher Standortfaktor muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Gesamtschule. Eitorf bietet hierfür ideale Voraussetzungen sowohl was den vorhandenen Gebäudebestand, als auch die Verkehrsanbindung angeht. Hier sollte die einmalige Chance nicht verpasst und zerredet werden zumal wir ja den Vorteil haben, das die mächtigen CDU Ortsverbände in Siegburg, Augustin, Troisdorf, usw. die Gesamtschule fürchten wie der Teufel das Weihwasser, sie aber auf Dauer nicht verhindern können und somit ein Standort an der oberen Sieg – möglichst weit weg- die ideale Lösung darstellt.

Welche Belastungen der Eigenanteil der Gemeinde beim Projekt „Sprung an die Sieg“

Im Rahmen der Regionale 2010 uns bringen wird, ist ebenfalls völlig unklar. Dabei wir Zitat,

„Entscheidend für die strukturelle Zukunft Eitorfs sein und die zentrale Frage, ob und inwieweit private Investoren für das Projekt begeistert werden können.“ Sollte dies nicht der Fall sein, bekommen wir ein Problem, denn gemäß Brandschutzbedarfsplan müssen wir ein neues Feuerwehrgerätehaus bauen, das alte entspricht nicht mehr den geltenden Vorschriften. Und das kann ausgesprochen teuer werden!

Meine Damen und Herren, während wir hier noch diskutieren, hat hinter dem Rücken des Rates und der BürgerInnen der Ausverkauf der Gemeinde längst begonnen! Das Thema Krankenhaus wird in Eitorf zum Tabu erklärt. Alles was mit dem Krankenhaus zusammenhängt darf nicht öffentlich diskutiert werden und die Niederschrift für den nicht öffentlichen Teil muss dann noch einmal speziell nicht öffentlich verschlüsselt werden, damit niemand merkt, dass in diesem Haushalt 300.000 Euro Zuschuss für das Krankenhaus veranschlagt sind, daneben aber weitere 400.000 Forderungsverzicht sowie 400.000 Rangrücktritt vom Rat beschlossen wurden. Ich darf das hier sagen, weil das Ergebnis von nicht öffentlichen Sitzungen öffentlich zu machen ist. Über all das darf man aber nicht offen diskutieren. Weil es zum Tabu erklärt wurde. Sigmund Freud hätte sicher Spaß an diesen Verhalten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Kreis SPD versucht aus der Situation des Eitorfer Krankenhauses Honig zu saugen. Nicht etwa Um das Krankenhaus in seiner jetzigen Form zu erhalten sondern die Kreis-SPD will angeblich den Ärztemangel an der oberen Sieg beheben, indem sie das Eitorfer Krankenhaus in eine Portalklinik umwandelt. Die SPD als Lobbyist der Ärzteschaft. Das vermutet man doch viel eher bei der FDP!

Gerade von einer Umwandlung in eine Portalklinik wird aber seitens der Fachleute dringend abgeraten da Portalkliniken als Patientenverteilungsstellen das Aus für das Eitorfer Krankenhaus in seiner jetzigen Form bedeuten würde. Das Schlimme an der Sache ist, dass der Koalitionspartner der Eitorfer SDP, die CDU dazu schweigt. Auch der Bürgermeister und seine FDP schweigen. Was war das für ein Gebrülle vor einigen Jahren als die Grünen behaupteten da oben auf dem Berg steht ein Krankenhaus und das ist finanziell nicht auf Rosen gebettet! Nun könnte man argumentieren, die CDU schweigt weil es eben keine große Koalition in Eitorf gibt und man keinen Einfluss auf die SPD habe. Logisch denn weil es keine große Koalition gibt, stellt man auch einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten von CDU und SPD auf! Ursprünglich hieß es einmal der Mann sei unabhängig, selbst bezeichnet er sich aber als CDU nahe stehend!

Irgendwie kommt das alles einem doch bekannt vor. Die Blockpartei CDU in Abhängigkeit von der Einheitspartei SPD und dem von allen abhängigen Bürgermeister. Da sollen die WählerInnen doch ihr Kreuz machen wo sie wollen, mit einer so satten Mehrheit machen wir ja doch was wir wollen. Aber seien sie gewarnt! Wie satt dass schief gehen hat die Auseinandersetzung um das Fachmarktzentrum sowie das Jugendcafe gezeigt.

Meine Damen und Herren, wer A sagt muß auch B sagen. Wir können uns nicht für die entscheidenden Punkte wie z. B. naturwissenschaftliches Zentrum bzw. Regionale 2010 in diesem Haushalt politisch stark machen, andererseits aber das Gesamtwerk ablehnen, weil uns die eine oder andere Kleinigkeit nicht passt.

Deshalb stimmen wir auch dem Haushalt zu in ständiger Erwartung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie Nachtragshaushalten.

Auch mit dem Stellenplan können wir leben, über die Notwendigkeit eines Städteplaners sollte man noch intensiver nachdenken. Beim Jugendcafe beantragen wir, das Angebot des Fördervereins anzunehmen und die Stelle unverzüglich zu besetzen.

„Wir können Probleme nicht mit demselben Denken lösen, das sie verursacht hat,“ sagte Albert Einstein. Wer dem in diesem Saal widersprechen möchte, bitte aufzeigen!

Trotzdem ist der Bürgermeister weiterhin der Ansicht, dass regenerative Energien subventioniert werden müssen und damit zu teuer sind. Bei dieser marktradikalen Denkweise

Herr Storch darf man nicht auf die Unterstützung der Grünen hoffen, werden dabei Klimagau und CO2 Bilanz doch völlig außer Acht gelassen. Der Gegenkandidat der 1. Beigeordnete möchte in Eitorf wieder Baukräne sehen. Der alte Trott die alte Leier die Vorstellungen von Vorgestern. Fortschritt heißt doch nicht unbedingt ständig etwas Neues zu machen. Beton als Denkmäler für längst abgehalfterte Politiker in Formen zu gießen. Die CDU bezeichnet sich gerne als „konservativ“ dahinter versteckt sich das lateinische Wort „konservare“, bewahren, und das ist genau das Gegenteil von Kaputtschlagen. Das heißt nun keineswegs, dass man in Eitorf nicht versucht neue Wege zu gehen.

Doch man versucht es. Sollen doch die Bürger das machen, was die große Koalition nicht will! So geschehen beim Jugendcafe. Es war eine äußerst schwere Geburt, um nicht zu sagen eine Zangengeburt und ohne die Unterstützung und Spendenfreudigkeit der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Jetzt versucht man im Bereich der regenerativen Energien das gleiche. Sollen doch die Bürger das selbst in die Hand nehmen meint die CDU und versucht sich so vor der politischen Verantwortung für die Zukunft zu drücken. Ist Ihnen eigentlich klar, dass fast fünf Prozent aller Beschäftigten in Deutschland verdankt seinen Arbeitsplatz dem Umweltschutz und ebenfalls etwa 5 Prozent der Industrieproduktion entfallen auf Umweltschutzgüter. Tendenz steigend und in wenigen Jahren rechnet man bereits mit 16 Prozent. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten heute bereits 250.000 Menschen. Bis 2020 sollen 35 Prozent der Energie aus Ökostrom kommen, ja bis zu 47 Prozent hält man für möglich.

Meine Damen und Herren, Zukunft ist jetzt, im Sport hat man das längst begriffen. „Wenn nicht jetzt wann dann? Deshalb gilt es für ein anderes Denken zu kämpfen. 1989 landeten die Vorstellungen von Marx Engels und Lenin auf dem Müllhaufen der Geschichte. Trotzdem würde Marx sich freuen, wenn er das noch erleben dürfte. In 2008 haben es die Vertreter des Raubtierkapitalismus

geschafft sich gegenseitig zu zerfleischen, richtig schön gemäß der Börsenweisheit 183, an der Börse geht es zu wie im Dschungel, nur die Beute zählt. Diese Denkweise aber geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Wirtschaft und Politik haben sich an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren und nicht umgekehrt. Es kann doch nicht sein dass Menschen mit einem Einkommen an der Grenze zur Sozialhilfe die Bonuszahlungen von abgehalfterten Bankern und Managern erwirtschaften. Hier stimmt etwas nicht am System, und da gilt es anzusetzen. Auch hier bei uns in der Gemeinde. Und behaupte niemand das Problem gebe es hier nicht. Man muss nur genau hinschauen, um zu sehen was hier alles schief läuft.

Vielen Dank!

Heinz Dehnert